

## **Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021**

**Zu TOP: 9.11**

**Solarthermieanlage in Stralsund**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0124/2021**

Herr Suhr begründet den vorliegenden Antrag und führt als Beispiel die Solarthermieanlage in Greifswald an. Im Kontext der in der Diskussion befindlichen Fernwärmesatzung ist die Einbindung von Solarthermie sinnvoll. Er weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und wirbt um Zustimmung.

Herr Dr. Zabel meint, dass die Thematik in der Bürgerschaft grundsätzlich bekannt ist. Er erachtet es als sinnvoll, einen aktuellen Sachstand zu ermitteln. Die Fraktion CDU/FDP wird den Prüfantrag daher unterstützen.

Herr Philippen findet es irreführend, einen Bezug zur Hansestadt Greifswald herzustellen, da dort das Fernwärmenetz im Zusammenhang mit dem KKW viel weiter ausgebaut ist. Es ist dahingehend nicht korrekt, ein Einsparpotenzial zu suggerieren. Da die Kosten am Ende der Endverbraucher tragen muss, wird die Fraktion Bürger für Stralsund den Antrag ablehnen.

Herr Miseler bestätigt, dass das Fernwärmenetz in Greifswald größer ist. In einem kleineren Netz könnte jedoch gegebenenfalls ein größerer Effekt erzielt werden. Die Fraktion SPD hält eine Prüfung für sinnvoll.

Herr Suhr merkt an, dass die Hansestadt Greifswald nur ein Hinweis gewesen ist. Die Umsetzung in der Hansestadt Stralsund müsste sich nicht an diesem Beispiel orientieren. Wenn das Fernwärmenetz in Stralsund erweitert wird, sollten erneuerbare Energien Berücksichtigung finden.

Herr Haack erklärt, dass die Fernwärmesatzung aufgrund der hohen Preise nicht zur Beschlussfassung gelangt ist. Am stärksten von Preiserhöhungen wären die Bewohnerinnen und Bewohner der Plattenbaugebiete betroffen. Aus seiner Sicht sollte sich Fernwärme an vergleichbare Preise annähern.

Herr Haack weist zudem darauf hin, dass die für Photovoltaikanlagen genutzten Ackerflächen eigentlich dem Nahrungsmittelanbau dienen. Zur möglichen Einsparung von CO<sub>2</sub> macht er deutlich, dass die CO<sub>2</sub>-Belastung aus geopolitischer Perspektive nur in andere Teile der Welt verlagert wird. Gemeint sind die Länder, in denen die Photovoltaikmodule hergestellt werden.

Herr Dr. Zabel bestätigt die Einschätzung, dass es im politischen Raum ungewiss ist, ob die Fernwärmesatzung beschlossen wird. Gleichwohl ist es unschädlich, den Aspekt in diesem Zusammenhang zu prüfen. Die Fraktion CDU/FDP hält an ihrer Position fest.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0124/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Planung und der Bau einer Solarthermieanlage in Stralsund und die damit verbundene Einbindung in das Fernwärmenetz der Hansestadt Stralsund sinnvoll und möglich ist.

Das Ergebnis soll dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgestellt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2021-VII-06-0554

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 09.09.2021